

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 3/2021

Dezember 2021



Landesdelegiertenversammlung 2021 in Bingen :

**Der VLW wählt einen neuen Landesvorstand
Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden**

**Der neue Landesvorstand stellt sich vor
Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung**

Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier

INHALTSVERZEICHNIS

Aus dem Verbandsleben I

Solidarität ist überwältigend - Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 3

Landesdelegiertenversammlung 2021

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler 4

Der neue Landesvorstand stellt sich vor 6

Informationen des Landesschatzmeisters zur Finanz- und Beitragsordnung 7

Warme Worte reichen nicht - Resolution der Landesdelegiertenversammlung 9

Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 10

Was sonst noch so geschah 18

Aus dem Verbandsleben II

Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier 20

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Dirk Mettler

Geschäftsstelle: Rutschbach 10,
56736 Kottenheim

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Fotos: privat

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

knapp vor Weihnachten kamen die bereits für das letzte Jahr zugesagten Endgeräte für unsere Lehrkräfte endlich an den Schulen an. Und das ein ganzes Jahr später als ursprünglich in Aussicht gestellt! Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an unsere Karikatur vom letzten Jahr, welche bereits die Problematik der „One-fits-all“-Geräte für alle Schularten in etwas überzeichneter Form abbildet. Im Frühjahr hat man im Ministerium noch betont, dass es zwei verschiedene Geräte zur Auswahl geben wird. Leider haben viele Landkreise und Städte jedoch eine andere Entscheidung getroffen. Aus Gründen des Supports blieb dort den Kolleginnen und Kollegen nur noch die Wahl, zu dem vorausgewählten Gerät ja oder nein zu sagen. Grundsätzlich ist es durchaus wünschenswert, wenn die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen mit einheitlicher Technik arbeitet. Denn so können Schulungen und Teamarbeit effizient funktionieren. Die Voraussetzung ist allerdings, dass die Systeme mit der technischen Entwicklung und den Ansprüchen der ausbildenden Wirtschaft Schritt halten können.



Hinzu kam noch die Verunsicherung hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit von privat für dienstliche Zwecke angeschafften digitalen Geräten. Erst spät kam die Zusage des Finanzministeriums, dass diese auch dann weiterhin absetzbar sein können, wenn man das dienstliche Gerät in Anspruch nimmt.

Skepsis breitet sich aus, wenn man die aktuellen Probleme mit edoo.sys betrachtet. Da bleibt nur zu hoffen, dass der SchulCampus besser funktionieren wird. Wenig hilfreich für unsere berufsbildenden Schulen sind die Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten bezüglich der Nutzung kommerzieller Software-Produkte. Denn hier stoßen wir auf ein Dilemma, da die Mehrheit der ausbildenden Betriebe mit den in Frage stehenden kommerziellen Programmen arbeitet.

Aus den Anträgen der zurückliegenden VLW-Landesversammlung lassen sich die Probleme herauslesen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung an unseren Schulen auf uns zukommen. Dabei gehe ich davon aus, dass sich der Großteil unserer Kolleginnen und Kollegen gerne weiter auf den digitalen Weg begeben möchte, aber die erforderlichen Rahmenbedingungen schlichtweg nicht vorfindet. Die engagierten Pioniere müssen mit viel Mühe und oftmals privatem Geld technische Hürden überwinden und sind auch bei den Konzepten für das digitale Lernen häufig auf sich allein gestellt. Dabei gibt es viele Erfahrungen aus anderen Bundesländern oder aus der freien Wirtschaft, die unseren

Kolleginnen und Kollegen lediglich systematisch zugänglich gemacht werden müssten.

Aber selbst wenn die größten Probleme beseitigt sind, bleibt weiterhin der wichtige Faktor Zeit, der benötigt wird, um die Transformation hin zum digitalen Lernen zu bewältigen. Diese Zeit muss uns der Dienstherr zur Verfügung stellen, da wir ansonsten nur viel zu langsam vorankommen werden. Umso mehr als dass wir uns bei der Arbeitszeit aufgrund der Corona-Krise längst schon in einer Erschöpfungssituation befinden. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben bereits während der Corona-Krise weit mehr geleistet als dies die Dienstordnung vorsieht. Die VLW-Landesdelegierten haben eine Resolution verabschiedet, in der sie eine deutliche Entlastung fordern, und zwar jetzt und nicht in ferner Zukunft.

Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, scheint zwischenzeitlich im Bildungsministerium angekommen zu sein, denn von dort kam Mitte November aufgrund des Drucks der Landeseltern und der Lehrerverbände die Einladung zum Kongress „Schule der Zukunft“. Immerhin hat die Landesregierung für die kommenden Jahre mehrere Millionen Euro in Aussicht gestellt, um Pilotschulen neue Wege des Lernens beschreiten zu lassen. Gelingen kann

dies aber nur, wenn zusätzliches Personal eingestellt wird, und dafür sind die zugesagten Gelder allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ebenfalls wenig hilfreich ist die Tatsache, dass die Bundesländer beim Personal lieber sparen möchten, wie sich der aktuelle Tarifabschluss interpretieren lässt. Eine Erhöhung der Bezüge um 2,8 % zum 1. Dezember 2022 (!) stellt ein äußerst mageres und enttäuschendes Ergebnis dar.

All die Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass wir uns organisieren, um unsere Forderungen mit gebündelter Stimme bei unserem Dienstherrn vorzutragen. Deshalb freut es mich, dass der VLW bei seiner Landesversammlung in Bingen durch die Neuwahl des Landesvorstands ein deutliches Signal in Richtung Zukunft gesetzt hat. Lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Der Landesvorstand wünscht Ihnen ein glückliches neues Jahr.

Ihr Karl-Heinz Fuß
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Solidarität ist überwältigend

Bei einem Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler konnten sich der VLW-Landesvorsitzende Dirk Mettler und der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck einen lebhaften Eindruck vom Ausmaß der Zerstörungen machen, die durch die Flutkatastrophe Mitte Juli verursacht wurden. Schulleiterin Gundi Kontakis, ihr Stellvertreter Dr. Klaus Müller sowie der Vorsitzende des Fördervereins Daniel Schlich führten die beiden VLW-Vertreter durch die aktuellen Baustellenbereiche der BBS.

Dabei berichteten Sie immer wieder von der überwältigenden Solidarität, die sie seit der Katastrophennacht von allen Seiten erfahren. Insbesondere die unbürokratische Aufnahme der Schülerinnen und Schüler an insgesamt sechs Schulen im nördlichen Rheinland-Pfalz wurde lobend erwähnt. Inzwischen konnten die Klassen, die an der Alice-Salomon-Schule in Linz sowie am Megina-Gym-



Vor den zerstörten Werkstätten (v. r. n. l.): Schulleiterin Gundi Kontakis, VLW-Landesvorsitzender Dirk Mettler, Fördervereinsvorsitzender Daniel Schlich und VLW-Bezirksvorsitzender Kurt Flöck bei der Übergabe der Spende

nasium in Mayen untergebracht waren, in die nicht zerstörten Teile des Schulgebäudes zurückkehren. Für die übrigen Klassen werden gerade provisorische Klassenräume auf dem Schülerparkplatz errichtet.

Die beiden VLW-Vertreter waren sehr beeindruckt von der Zuversicht und von der unermüdlichen Energie, mit der die

Schulgemeinschaft der BBS Bad-Neuenahr-Ahrweiler die riesige Herausforderung meistert. Am Ende des Besuchs überreichte Dirk Mettler die von der VLW-Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober beschlossene Spende in Höhe von 1.500 Euro an den Vorsitzenden des Fördervereins, um auch der Solidarität des VLW mit der Schule an der Ahr Ausdruck zu verleihen.

Der neue Landesvorstand stellt sich vor

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler

VLW kompakt: Dirk, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum neuen Landesvorsitzenden. Wie fühlt sich das neue Amt an nach den ersten Wochen?

Dirk Mettler: Vielen Dank, die Glückwünsche kann ich gut gebrauchen. Das neue Amt fühlt sich noch ungewohnt an, viele Abläufe müssen sich neu einspielen, erst recht, da wir auch eine neue Situation mit der Geschäftsstelle haben, die sich ja jetzt nicht mehr im Haushalt des Landesvorsitzenden befindet. Aber ich bin anpassungsfähig, der Landesvorsitz ist ja schließlich bereits die vierte Funktion, die ich im Landesvorstand übernommen habe.

VLW kompakt: Du warst Ansprechpartner für die Jungen Wirtschaftspädagogen, Schatzmeister und zuletzt Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Liegt es dir nicht, eine Aufgabe langfristig wahrzunehmen?

Dirk Mettler: Man kann das auch so interpretieren, dass ich immer die Aufgabe übernommen habe, für die ich gerade gebraucht wurde. Dass das alle paar Jahre eine völlig neue Funktion bedeutet, lag eigentlich nie in meiner Absicht. Vielleicht liegt es mir aber auch einfach im Blut, immer wieder neue Herausforderungen zu suchen und auch anzunehmen.

VLW kompakt: Und wie lange möchtest du jetzt Landesvorsitzender bleiben?

Dirk Mettler: Satzungsgemäß bin ich zunächst für vier Jahre gewählt. Danach sehen wir weiter. Es bleibt halt auch abzuwarten, wie sich der Verband

entwickelt und ob das mit meinen Vorstellungen zusammenpasst.

VLW kompakt: Welche Entwicklung wünschst du dir denn für den VLW?

Dirk Mettler: Für mich sind zwei Punkte wichtig. Zum einen möchte ich dem Verband einen modernen Anstrich verleihen und ihn zukunftsgerichtet aufstellen. Das heißt konkret, dass perspektivisch die jungen Kolleginnen und Kollegen den Verband prägen. Es geht ja schließlich auch darum, die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens zu gestalten. Wenn aus dem Verband die zukunftsweisenden Impulse kommen sollen, geht das nach meiner Überzeugung nicht, ohne dass die junge Generation in diesen Prozess eingebunden ist - und zwar an entscheidender Stelle.

VLW kompakt: Gibt es denn genügend junge Talente im VLW?

Dirk Mettler: Davon bin ich überzeugt. Man muss sie nur finden und dann natürlich zur Mitarbeit motivieren. Dafür werden wir aber sicher auch neue Möglichkeiten der Partizipation finden müssen. Die junge Generation lässt sich für die uns vertrauten Strukturen nur noch selten begeistern.

VLW kompakt: Und wo willst du die jungen Talente finden?

Dirk Mettler: Hier appelliere ich an die Ortsvorsitzenden und an die Bezirksvorstände, aktiv auf die jungen Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Ohne das wird es nicht funktionieren.



Zur Person: Dirk Mettler ist 52 Jahre alt, verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Koblenz. An der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied unterrichtet er BWL/RW und katholische Religion.

VLW kompakt: Welches ist der zweite Punkt, der dir am Herzen liegt?

Dirk Mettler: Der zweite Punkt ist die engere Zusammenarbeit mit dem vlbs mit dem ganz klaren Ziel, in absehbarer Zeit einen gemeinsamen Verband zu bilden.

VLW kompakt: Im VLW gibt es aber auch viele Mitglieder, die sich einen eigenständigen Verband speziell für die kaufmännische Bildung wünschen.

Dirk Mettler: Das ist richtig und das ist auch verständlich. Allerdings muss man auch sehen, dass sich das berufsbildende Schulwesen nicht sauber in eine kaufmännische und eine gewerblich-technische Richtung unterteilen lässt. Die meisten rheinland-pfälzischen BBSn sind Bündelschulen und der an Bedeutung gewinnende Gesundheitsbereich ist mal an kaufmännischen, mal an gewerblichen Schulen angedockt. Und in den großen Städten gibt es sogar eigene BBSn mit sozialem Schwerpunkt.

VLW kompakt: Ist die Verschmelzung der beiden Verbände für dich also eine *conditio sine qua non*?

Dirk Mettler: Das natürlich nicht. Ich will keine Verschmelzung um jeden Preis, aber ich will sie. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass ein entsprechender Antrag auf der letzten Landesdelegiertenversammlung eine breite Unterstützung erfahren hat.

VLW kompakt: Was motiviert dich eigentlich, dich für den VLW zu engagieren?

Dirk Mettler: Da kommen mehrere Gründe zusammen. Zunächst mal ist es mein Werdegang im VLW und dann bin ich - wie ich es gerne ausdrücke - selbst ja auch ein Kind der BBS.

VLW kompakt: Das musst du uns genauer erklären. Wieso motiviert dich dein Werdegang im VLW?

Dirk Mettler: Mein Eintritt in den VLW stand unter dem Solidaritätsgedanken. Weiter habe ich das damals gar nicht reflektiert. Wie wichtig eine verbandliche Vertretung wirklich ist, wurde mir erst klar, als die Landesregierung die unsägliche Fehlentscheidung getroffen hat, die FOS an den Realschulen plus anzudocken. Ich hatte damals den Eindruck, die BBS müsste als Steinbruch erhalten, um Lieblingsprojekte des Bildungsministeriums zu unterfüttern.

VLW kompakt: Wie ging es dann weiter?

Dirk Mettler: Daraufhin habe ich meinem damaligen Bezirksvorsitzenden, Herrn Gernot Kormann, meine Mitarbeit im Verband angeboten. Bei nächster Gelegenheit wurde ich dann in den Bezirksvorstand gewählt und kurze Zeit später vom Landesvorstand kooptiert,

um mich um die Jungen Wirtschaftspädagogen zu kümmern. Dabei habe ich immer mehr Lust auf die Verbandsarbeit bekommen und dann ja auch verschiedene Aufgaben übernommen.

VLW kompakt: Was meinst du damit, wenn du sagst, du seiest ein Kind der BBS?

Dirk Mettler: Das hat auch mit meinem Werdegang zu tun. Dieses Mal aber mit meinem beruflichen. Eigentlich hatte ich gar nicht vor zu studieren. Nach der mittleren Reife an einem Gymnasium habe ich eine Bankausbildung absolviert. In dieser Zeit habe ich natürlich auch eine Berufsschule besucht. Gegen Ende meiner Ausbildung habe ich mich dann gefragt, ob ich mir wirklich den richtigen Beruf ausgesucht habe. Dabei fiel mein Blick auf meine damaligen Berufsschullehrer und deren Job gefiel mir irgendwie besser als mein eigener.

VLW kompakt: Wie ging es dann weiter? Du hattest ja noch nicht mal Abitur.

Dirk Mettler: Das stimmt. Aber im berufsbildenden Schulsystem gibt es ja für jeden eine passende Anschlusslösung. Heute würde mein Weg sicher über die Berufsoberschule führen, die gab es damals aber leider noch nicht. Deshalb bin ich auf ein Wirtschaftsgymnasium gegangen. Mit meiner Bankausbildung im Rücken hatte ich da einen ziemlich leichten Einstieg.

VLW kompakt: Das heißt, die Berufsschule hat dir das Lehramt schmackhaft gemacht und das Wirtschaftsgymnasium hat dir den Weg ins Studium gebnet.

Dirk Mettler: Und damit meinen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Noch heftiger fiel dieser Aufstieg bei meinem Bruder aus. Er hat die allgemeinbildende

Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Parallel zu Ausbildung und Berufsschule hat er damals die Berufsaufbauschule besucht und die mittlere Reife erworben, anschließend die Fachoberschule, die damals noch dort angesiedelt war, wo sie hingehört. Heute arbeitet er als Maschinenbauingenieur in der Automobilzulieferindustrie.

VLW kompakt: Das sind zwei schöne Beispiele für die Aufstiegsmöglichkeiten, die die BBS bietet.

Dirk Mettler: Genau. Und deshalb liegt mir die BBS so am Herzen. In bildungspolitischen Diskussionen wird immer wieder behauptet, unser Schulsystem sei nur nach unten durchlässig, fördere also den Bildungsabstieg. Das Gegenteil ist richtig. Die BBS bietet, wie ich vorhin schon mal angemerkt habe, für jeden, der von einer weiterführenden Schule kommt, ein passendes Anschlussangebot. Jahr für Jahr verlassen Tausende junger Menschen die BBSn, die allermeisten davon sind echte Bildungsaufsteiger.

Die BBSn fungieren also wie ein Fahrstuhl nach oben. Das ist für jeden einzelnen der jungen Menschen, die zu uns kommen, und auch für die Gesellschaft als Ganzes von unermesslichem Wert. Deshalb lohnt sich der Einsatz für die BBS. Dafür braucht es starke Verbände wie den VLW, die nicht müde werden, die Bedeutung der BBS immer wieder herauszustellen und im Dialog mit der Politik immer wieder zu betonen. Dafür brauchen wir Mitglieder, die bereit sind, sich im VLW für die BBS zu engagieren.

VLW kompakt: Das ist ein schönes Schlusswort. Dirk, Danke für das Gespräch und viel Erfolg bei deinem Einsatz für den VLW und für die BBS!

Dirk Mettler: Vielen Dank.

Der neue Landesvorstand stellt sich vor



Andreas Seehaus
Stellvertretender Landesvorsitzender

Als Mitglied im BPR bei der ADD und Bezirksvorsitzender in der Pfalz berate und unterstütze ich unsere Kolleginnen und Kollegen bei Fragen und Problemen aus dem schulischen Alltag.

Kontakt:
andreas.seehaus@vlw-rlp.de
Schule: BBS Landau



Emöke Anderlik
Stellvertretende Landesvorsitzende

Ich engagiere mich im VLW, weil wir nur gemeinsam gute Arbeitsbedingungen durchsetzen und schaffen können. Denn gute Arbeit verdient Anerkennung und Wertschätzung.

Kontakt:
emoeke.anderlik@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wirtschaft Worms



Jürgen Hatzfeld
Schatzmeister

Ich engagiere mich im VLW, weil er eine notwendige und kompetente Vertretung der Interessen der kaufmännischen berufsbildenden Schulen, ihrer Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler ist.

Kontakt:
juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de
Schule: ehemals BBS Wirtschaft Worms



Michael Lutz
Schriftführer

Als Schriftführer im Landesvorstand möchte ich dazu beitragen, den Verband zu stärken und unseren Mitgliedern, den Kolleginnen und Kollegen an unseren Berufsbildenden Schulen, ihre Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

Kontakt:
michael.lutz@vlw-rlp.de
Schule: ehemals BBS Bingen



Karl-Heinz Fuß
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Ich engagiere mich im VLW, weil es ohne organisierte Verbandsarbeit keine effektive Personalratsarbeit geben kann. Meine Aufgabengebiete sind das VLW kompakt, unserer Website und unser Newsletter.

Kontakt:
karl-heinz.fuss@vlw-rlp.de
Schule: BBS Alzey



Stefanie Tischer
Bildungs- und Schulpolitik

Die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz verdient einen höheren Stellenwert. Darum engagiere ich mich im VLW und bin im Landesvorstand für den Bereich Bildungs- und Schulpolitik zuständig.

Kontakt:
stefanie.tischer@vlw-rlp.de
Schule: Ludwig-Erhard-Schule Neuwied



Miriam Schmidle
Junge Wirtschaftspädagogen

Gerade für junge Kolleginnen und Kollegen ist es wichtig, eine leistungsstarke Interessensvertretung zu haben. Im VLW engagiere ich mich besonders bei der Gestaltung der digitalen Zukunft an den Berufsbildenden Schulen.

Kontakt:
miriam.schmidle@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wirtschaft Worms



Kurt Flöck
Recht und Besoldung

Die Tätigkeit von Verbänden und Gewerkschaft ist Ausdruck gelebter Demokratie in unserem Land. Als Ansprechpartner im Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ bin ich gerne bereit, mich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Kontakt:
kurt.floeck@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wissen



Petra Studt
Lehrkräfte für Fachpraxis

Gerne bringe ich weiterhin meine Erfahrungen in die Vorstandsarbeit ein, um Interessen und Bedürfnisse von Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Fachpraxis im Bereich Bürowirtschaft.

Kontakt:
petra.studt@vlw-rlp.de
Schule: BBS Montabaur

Informationen des Landesschatzmeisters

Beitragseinzug erfolgt jetzt zentral durch den Landesverband

In diesem Jahr haben wir eine wesentliche organisatorische Veränderung vorgenommen – Ihr Beitrag wird nicht mehr durch die Bezirke, sondern durch den Landesverband eingezogen. Gleichzeitig wurde eine zentrale Mitgliederdatei eingerichtet und die Daten der Bezirke wurden dort zusammengeführt.

In diesem Zusammenhang haben wir Ihnen allen ein Formular mit Ihren – in der zentralen Mitgliederdatei hinterlegten – Daten mit der Bitte um Prüfung zugesandt. Viele von Ihnen haben uns Veränderungen bereits mitgeteilt – alle anderen bitten wir, dies noch zu tun. Nur mit korrekten Daten können wir mit Ihnen kommunizieren bzw. Ihren Beitrag in der richtigen Höhe abbuchen.

Allen, die uns bei der Umstellung unterstützt haben, den Bezirksvorsitzenden und -schatzmeistern, den Ortsvorsitzenden und insbesondere unserem Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler, gilt unser besonderer Dank.

Geringfügige Anpassung der Finanz- und Beitragsordnung – der VLW bleibt konkurrenzlos günstig

Im Zusammenhang mit der zentralen Mitgliederverwaltung hat die Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 Veränderungen in der Finanz- und Beitragsordnung ab 2022 beschlossen. Bis auf einige geringe Anpassungen für Mitglieder im gehobenen Dienst bleiben die Mitgliedsbeiträge stabil. Die letzte Beitragserhöhung liegt damit 11 Jahre zurück.

Diese Beitragskonstanz ist vor allem auf das hohe ehrenamtliche Engagement sowohl in den Orts- und Bezirksverbänden als auch im Landesverband zurückzuführen und war nur durch sparsame Haushaltsführung und den Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, Honorare, Sitzungsgelder u. ä. möglich.

Zum Vergleich: Im Zeitraum von Januar 2011 bis September 2021 ist der Preisindex für die Lebenshaltung um 17,6 % (von 93,9 auf 110,4 Indexpunkte) gestiegen. Ebenso mussten wir erhöhte Beiträge an die Dachverbände abführen. Der VLW bleibt damit konkurrenzlos günstig.

Eine Studienrätin/ein Studienrat zahlt (Stand November 2021) beim VLW auf voller Stelle 10 Euro im Monat (beim VLBS 17,40 Euro, bei der GEW 34,80 Euro).

Dies gelingt nicht zuletzt durch den Verzicht auf eine Diensthaftpflicht- und Schlüsselversicherung. Diese können Sie - wenn Sie es wünschen - letztlich günstiger für einen geringen Zuschlag im Rahmen Ihrer privaten Haftpflichtversicherung mitversichern, was wir dringend empfehlen.

Bitte informieren Sie unsere Mitarbeiterin Frau Jakob zeitnah über Änderungen von Adresse, Dienstort, Bankverbindung und Stundenumfang (siehe gelben Kasten unten). Dies ist auch über unsere Homepage gesichert möglich.

Danke für Ihre Unterstützung!

Jürgen Hatzfeld
Landesschatzmeister

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,

bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: Ruth Jakob, Holzhauserstr. 27, 55411 Bingen, ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website (<https://vlw-rlp.de/pages/mitgliedschaft/aenderungsmeldung.php>).

Vielen Dank!

**Auszug aus der Finanz- und Beitragsordnung
(gültig ab 1. Januar 2022)**

- Der VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. erhebt zur Finanzierung seiner Aufgaben Mitgliedsbeiträge. Diese erhält der Landesverband. Sie werden auf Vorschlag des Landesvorstandes von der Delegiertenversammlung festgesetzt. Ab 1. Januar 2022 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

Höherer Dienst

Mitglieder im Höheren Dienst auf voller Stelle: 10,00 Euro/Monat
Mitglieder im Höheren Dienst bis 3/4-Stelle: 8,00 Euro/Monat
Mitglieder im Höheren Dienst bis 1/2-Stelle: 6,00 Euro/Monat
Mitglieder in Altersteilzeit: 8,00 Euro/Monat

Gehobener Dienst

Mitglieder im Gehobenen Dienst auf voller Stelle: 9,00 Euro/Monat
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 3/4-Stelle: 7,00 Euro/Monat
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 1/2-Stelle: 5,00 Euro/Monat
Mitglieder in Altersteilzeit: 7,00 Euro/Monat

Pensionäre und Pensionärinnen

Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppel-Mitgliedschaft
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH): 7,00 Euro/Monat
Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppel-Mitgliedschaft
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH) : 6,00 Euro/Monat

Sonstige

Ehegatten (2. Beitrag): 6,00 Euro/Monat
Referendarinnen und Referendare: 2,00 Euro/Monat
Studierende und Mitglieder ohne Anstellung: 2,00 Euro/Monat
Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens 6 Monate Dauer): 2,00 Euro/Monat
(Für Mitglieder in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, gilt der normale Beitrag gemäß dem Stundenumfang.)

- Die Beiträge werden vom Landesverband vierteljährlich im Lastschriftverfahren eingezogen. (Hinweis: Die Abbuchung erfolgt jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November bzw. dem nächsten folgenden Bankarbeitstag.)
- Die Mitglieder sind verpflichtet, sämtliche Veränderungen gemäß § 7 Abs. 5 der Satzung des VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (Änderungen des Beschäftigungsumfangs, Versetzungen, Adressänderungen, Änderungen der Bankverbindung usw.), unverzüglich der Landesgeschäftsstelle zu melden. Unabhängig vom Zeitpunkt der Meldung wird der korrekte Beitrag im Falle einer Erhöhung ab dem Zeitpunkt der Veränderung erhoben. Ergibt sich aus der Meldung der Veränderung eine Verminderung des Beitrags, wird die Differenz auf Antrag für maximal zwei zurückliegende Quartale erstattet. Über Abweichungen von der Beitragsordnung entscheidet der Landesvorstand mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder.

Landesdelegiertenversammlung

Warme Worte reichen nicht - VLW fordert Kompensation der Mehrbelastungen durch Pandemie und Digitalisierung

Seit nunmehr anderthalb Jahren befinden sich die Schulen in unserem Land im Ausnahmestadium. Während der ersten Phase der Schulschließungen waren im individuellen Fernunterricht über E-Mails, Messengerdienste, Moodle & Co. das Improvisationstalent und ein außergewöhnliches Engagement der Kolleginnen und Kollegen gefragt. Schon damals sind viele Kolleginnen und Kollegen ihren Schülerinnen und Schülern zuliebe bis an ihre Belastungsgrenze, manche auch darüber hinaus, gegangen. Es folgte eine Phase des Wechselunterrichts, in der die Schülerinnen und Schüler wechselweise in Präsenz beschult oder zuhause mit entsprechenden Lernaufträgen und Aufgaben versorgt wurden. Zwischenzeitlich hatte die Landesregierung eine Landeslizenz für ein funktionierendes Videokonferenz-System erworben, das von einer mit reichlich Kinderkrankheiten gesegneten Landeslösung Marke Eigenbau abgelöst wurde. In der Zeit der Pandemie wurden die Lehrkräfte zu Lüftungsexperten und Testbeauftragten, die sich in diverse Videokonferenzsysteme und Lernplattformen eingearbeitet haben. **Dass unter diesen Umständen ein einigermaßen vernünftiges Unterrichten gelingen konnte, ist dem unermüdlichen und selbstlosen Einsatz vieler engagierter Lehrkräfte zu verdanken.**

Wir anerkennen ausdrücklich die Bemühungen und Leistungen der Landesregierung, einen sicheren und verlässlichen Unterricht zu garantieren. Auch wir möchten am liebsten einfach nur unserem gewählten Beruf nachgehen und junge Menschen fit für die Zukunft machen. Die Zeit, in der wir gerade leben, lässt es aber nicht zu, „einfach nur so“ Lehrerin oder Lehrer zu sein.

Die Maßnahmen, die zur Sicherung des Unterrichts ergriffen wurden, gehen mit Mehrbelastungen für die Lehrkräfte einher. Dies wurde seitens unserer Bildungsministerin auch immer wieder anerkannt und lobend erwähnt. **Was allerdings immer noch aussteht, ist eine Kompensation für die geleistete Mehrarbeit.**

Der VLW fordert als Ausgleich für die während der Pandemie – die ja leider immer noch nicht vorbei ist – geleistete Mehrarbeit eine Gutschrift von acht Lehrerwochenstunden für jede Vollzeitkraft, Teilzeitkräfte sollen anteilig bedacht werden. Dieses Guthaben sollen die Kolleginnen und Kollegen, so wie es bei der so genannten „Zwangsanspartunde“ auch geregelt war, individuell und unter Berücksichtigung schulischer Belange abrufen können. Auf Wunsch soll dieses Guthaben auch geblockt am Ende der Dienstzeit abgerufen werden können, etwa um in den letzten Dienstjahren eine zusätzliche Entlastung zu erhalten. Um die Lerndefizite aufzufangen, unter denen viele Schülerinnen und Schüler aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie leiden, bedürfen diese einer stärker individualisierten Förderung. **Dazu sind dringend kleinere Klassen und eine bessere personelle Ausstattung unserer Schulen nötig.** Es gibt, wenn auch nicht für jedes einzelne Fach, mehr als genug junge Lehrkräfte auf dem Markt, die sich gerne dieser wichtigen Aufgabe widmen würden!

Durch die Pandemie hat die Digitalisierung auch an den Schulen einen erheblichen Schub erhalten. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, warnen jedoch vor dem Irrglauben, dadurch würde

jetzt alles einfacher und ginge schneller. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der administrative Aufwand sowohl in den Schulen als auch bei den einzelnen Lehrkräften zunächst erheblich größer ausfällt. Dies gilt erst recht, wenn die zur Verfügung stehenden digitalen Tools unausgereift sind und deren Defizite durch persönlichen Einsatz ausgeglichen werden müssen. **Die Transformation der Schulen ins digitale Zeitalter ist nicht umsonst zu haben!** Die Zukunft der jungen Generation ist mehr als ein Almosen wert. Deshalb fordert der VLW die sofortige Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um einen Support zu gewährleisten, der eine verlässliche Unterrichtsplanung und -gestaltung ermöglicht. Die Verantwortung dafür auf die Schulträger zu schieben, mag dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen, zementiert aber leider die ohnehin schon erheblichen regionalen Unterschiede zwischen leistungsfähigen und überschuldeten Kommunen.

Darüber hinaus muss das Land Lizenzen für praxisnahe Programme erwerben, mit denen eine Ausbildung ermöglicht wird, die sich an den Erfordernissen einer digitalisierten Arbeitswelt orientiert, sodass die jungen Menschen, die die berufsbildenden Schulen verlassen, auch wirklich fit für die Zukunft sind. Die Beschränkung auf Open-Source-Programme führt dazu, dass die betriebliche Praxis nicht realitätsnah abgebildet werden kann, wodurch die berufliche Bildung massiv abgewertet würde. Die junge Generation hat einen Anspruch auf eine zukunftsorientierte Ausbildung, die auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. **Wer hier spart, setzt die Zukunft einer ganzen Generation wie auch unseres Landes aufs Spiel!**

Schließlich müssen auch die Lehrkräfte auf diesem Weg mitgenommen werden. Dafür braucht es umfangreiche Schulungen und Fortbildungen. Die durch die Digitalisierung möglichen neuen Arbeitsformen bei Fortbildungen (sog. Online-Seminare) können als Ergänzung des bestehenden und auszubauenden Angebots angesehen werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Fortbildungen mehr und mehr zu einem Frei-

zeitvergnügen werden, die außerhalb der gebundenen Arbeitszeit stattfinden. Auch der Besuch einer Fortbildung stellt Arbeit dar, die auch als solche anerkannt werden muss!

Dem solidarischen Handeln und dem unermüdlichen Einsatz tausender Kolleginnen und Kollegen ist es zu verdanken, dass unsere Schulen während der Pandemie nicht kol-

labiert sind. Auch der Einstieg ins digitale Zeitalter, wenn er gelingen soll, wird auf diese Ressourcen zugreifen müssen. Deshalb geben wir uns nicht mehr mit warmen Worten zufrieden, sondern fordern ein entschlossenes Handeln unserer Landesregierung, das den Worten Taten folgen lässt!

Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 2021

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Änderung der Finanzordnung

Neufassung der Finanzordnung entsprechend der Vorlage

Begründung: Künftig sollen die Mitgliedsbeiträge nicht mehr auf Bezirksebene, sondern zentral durch den Landesverband eingezogen werden. Des Weiteren erfolgt eine Reihe von Präzisierungen, z. B. zur Beitragspflicht von Mitgliedern in Elternzeit. Für Mitglieder im gehobenen Dienst wird künftig durchgehend ein um 1 Euro/Monat günstigerer Beitrag erhoben.

Bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Einführung einer Geschäftsordnung

Einführung einer Geschäftsführung entsprechend der Vorlage (Anlage)

Begründung: Die Neufassung der Satzung sieht eine Geschäftsordnung für die Landesdelegiertenversammlung vor, in der Verfahrensfragen geregelt werden.

Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Aufbruch zu einem „Rheinland-Pfälzischen Institut für berufliche Bildung“

Der Landesvorstand wird aufgefordert, eine einheitliche Steuerung, Beratung, Unterstützung, Trägerschaft und Aufsicht aller berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz nach dem Hamburger Vorbild in die politische Diskussion zur Zukunft der beruflichen Bildung in RLP einzubringen und die Entwicklung entsprechender Strukturen progressiv-kritisch zu begleiten.

Begründung: Die aktuellen Probleme insbesondere im Bereich der Digitalisierung und der Transformation der Berufsbildungsstrukturen in Bezug auf die sich rasant ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes lassen erkennen, dass die althergebrachten Strukturen der Steuerung, Trägerschaft und Kontrolle der berufsbildenden Schulen nicht mehr zeitgemäß sind und Weiterentwicklungen auf Schulebene mehr behindern als ermöglichen.

Insbesondere die Aufteilung der Sachkostenträgerschaft und der Personalhoheit zwischen Kommunen und Land haben sich überholt, lassen sich kaum steuern und führen darüber hinaus zu einer extrem ungleichen Ver-

teilung von Bildungschancen. Der Abruf der Digitalisierungsmittel ist in diesem Bereich ein sehr trauriges Beispiel für das Systemversagen (vgl. Artikel im Stern vom 20.08.2020).

Auch die ständigen Reibungsverluste aufgrund von Zuständigkeitsunklarheiten zwischen Bildungsministerium, drei oft uneinheitlich agierenden ADD-Bezirken, Pädagogischem Landesinstitut, Studienseminaren und Schulen vor Ort müssen behoben werden.

Das bereits im Jahr 2007 gegründete HIBB ist ein leuchtendes Gegenbeispiel für einen innovativen Ansatz, der auch mit geringfügigen Anpassungen auf ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz übertragen werden kann.

Bei 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.



Breite Zustimmung: Die meisten Anträge stießen auf große Unterstützung der Delegierten.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Einführung von digitalen
Fachkräften an rheinland-pfälzischen
Schulen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an den Schulen Stellen für digitale Fachkräfte geschaffen werden.

Begründung: Im Zuge der Digitalisierung werden auch die Bildungsangebote und die im Unterricht verwendeten medialen Angebote moderner und digitaler. Dies ist nicht zuletzt durch die Novellierung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für alle Lehrkräfte verbindlich festgelegt worden. Die Realität an den Schulen zeigt jedoch, dass Netzwerke und schuleigene Endgeräte oftmals nicht in der dafür notwendigen Weise zuverlässig funktionieren und es einen effektiven und kurzfristigen First-Level-Support braucht, um Störungen kleinerer Art vor Ort möglichst noch während der jeweiligen Unterrichtsstunde beheben zu können.

Eine Lösung über die Schulträger ist wegen der langen Reaktionswege kein adäquates Hilfsangebot.

Ebenso kann es nicht sein, dass an einer Schule der reibungslose Einsatz digitaler Bildungsangebote davon abhängt, dass sich Lehrkräfte über ihre unterrichtliche Lehrbefähigung hinaus Kompetenzen im Bereich der Netzwerktechnik und Hardware erwerben müssen und ihre Fähigkeiten dann zum Wohle ihrer Schule einsetzen.

Es braucht daher nicht-unterrichtende Fachkräfte, die während der Unterrichtszeiten in der Lage sind, die digitale Infrastruktur der Schule aufrecht zu erhalten bzw. diese binnen kurzer Zeit wiederherzustellen.

Einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Trier
Betreff: Systembetreuung durch
Fachpersonal vom Land

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung: Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalem Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knappen werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Fortbildungskonzept zu
Medientechnik am PL

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass am Pädagogischen Landesinstitut ein Fortbildungskonzept etabliert wird, das

die Lehrkräfte zum methodisch und didaktisch zielführenden Einsatz digitaler Medien befähigt.

Begründung: Mit der Digitalisierung geht eine elementare Veränderung der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmedien einher. Diese Veränderung bedeutet für viele Lehrkräfte eine grundlegende Neuvorbereitung ihres Unterrichts, die durch fundierte Fortbildung begleitet werden muss.

Statt des Angebots singulärer Veranstaltungen zu ausgewählten Medien ist eine fortlaufende Fortbildungsreihe notwendig, welche die Kolleginnen und Kollegen aufeinander aufbauend zu digitalem Unterricht qualifiziert. Diese modularisierte Fortbildungsreihe durch Fachexperten soll sich am Kompetenzrahmen des European Framework for the Digital Competence of Educators orientieren und insbesondere die Verbindung digitaler Medien mit der Fachdidaktik der jeweiligen Unterrichtsfächer beinhalten.

Jede Lehrkraft soll sich so mit einem passenden Fortbildungsreihenangebot des PL individuell weiterentwickeln können, um die Kompetenz in der digitalen Welt aufzubauen. Dabei sollen der jeweilige digitale Kenntnisstand und die technische Schulausstattung berücksichtigt werden.

Bei den Fortbildungen ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungen während der Kernarbeitszeit von Lehrkräften (8:00 - 16:00 Uhr) stattfinden.

Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.



Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) durch den Dienstherrn oder wahlweise Zahlung eines Zuschusses zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Lehrkräfte im Bereich der berufsbildenden Schule im Rahmen der Umsetzung des Digitalpakts Schule durch den Dienstherrn zeitnah mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) ausgestattet werden oder dass vom Dienstherrn wahlweise ein Zuschuss zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät gezahlt wird. Für diejenigen Lehrkräfte, die ein vom Dienstherrn zur Verfügung gestelltes Endgerät nutzen, wird seitens des Dienstherrn die Bereitstellung der erforderlichen Software, die Erneuerung der Endgeräte nach Ablauf einer festzulegenden Nutzungsdauer sowie die Wartung der Endgeräte sichergestellt. Diejenigen, die ein privates Endgerät nutzen, müssen hierfür selbst Sorge tragen, erhalten aber für die Softwarebereitstellung und notwendige Wartungsarbeiten am Endgerät einen Pauschalbetrag.

Begründung: Der Digital-Pakt Schule trat mit Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung am 17. Mai 2019 in Rheinland-Pfalz in Kraft. Die Landesregierung erklärt die Digitale Bildung mit der Agenda „Digitale Bildung entscheidet“ zu einem ihrer politischen Schwerpunkte. Um die digitale Entwicklung im

Bildungsbereich zu forcieren, müssen den Lehrkräften zeitnah die hierfür benötigten Arbeitsmittel an die Hand gegeben werden. Die Pflicht zur Bereitstellung der benötigten Arbeitsmittel leitet sich insbesondere aus dem Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz ab.

Dieser Antrag wurde zusammen mit dem folgenden Antrag behandelt.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Zügige und unbürokratische Zurverfügungstellung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die von der Bundesregierung zugesagten digitalen Endgeräte tatsächlich zeitnah bei den Lehrkräften ankommen.

Begründung: Am Beispiel des Digitalpaktes ist zu erkennen, dass die Zurverfügungstellung von Mitteln mit hohen bürokratischen Hürden einhergeht und ein Großteil der vom Bund zur Verfügung gestellten 5 Milliarden Euro den Schulen noch nicht zugeflossen ist. Insbesondere der im Falle des Digitalpakts vorgegebene lange Weg von der Einreichung des didaktischen Konzepts beim Schulträger über das Pädagogische Landesinstitut bis zur tatsächlichen Auszahlung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz lässt befürchten, dass viele Monate ins Land gehen werden, bis die Dienst-Laptops den Lehrkräften tatsächlich zur Verfügung stehen.

Moderner Unterricht, der unsere Schülerinnen und Schüler zu den notwen-

digen Kompetenzen für lebenslanges Lernen in einer digitalen Welt befähigt, kann nur stattfinden, wenn die Lehrkräfte mit einem modernen digitalen Endgerät ausgestattet sind, das sich in die vorhandene Infrastruktur der Schule nahtlos einbinden lässt. Allein auf die Eigeninitiative der Lehrkräfte oder die vorhandene Ausstattung zu setzen, bedeutet, dass in vielen Fällen digitaler Unterricht eher die Ausnahme als die Regel ist. Die derzeit im BBS-System befindlichen Schülerinnen und Schülern haben hingegen bereits jetzt einen Anspruch darauf, im Unterricht optimal auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet zu werden.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Landesweite Softwarelizenzen für Schulen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass den Schulen aktuelle Schullizenzversionen durch das Land Rheinland-Pfalz bereitgestellt werden.

Begründung: Zunächst brauchen Schulen eine Grundausrüstung an Softwareprogrammen, die als „digitale Schultasche“ des Landes allen Lehrkräften für den digitalen Unterricht zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden an den Schulen Softwarelizenzen für den jeweiligen Unterricht (z. B. MS Office, SAP4School oder ggf. Open Source- Programme etc.) oder auch für Kammerprüfungen (z. B. Navison) benötigt, die sowohl den Lehrkräften als auch den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen müssen.

Es erscheint ineffizient, dass die Schulen einzeln mit den Softwareanbietern verhandeln; vielmehr sollte hier eine landesweite Lösung (vgl. Moodle, Webex und BigBlueButton) angestrebt werden.



Gern gesehene Gäste: Die Ehrenmitglieder Nortrud Hummel und Hans Lemke

Darüber hinaus können Schulen spezielle Softwareprogramme wie bisher eigenständig anschaffen und verwalten.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: OV Bernkastel-Kues
Betreff: Nicht abgerufene Budgets für digitale Ressourcen und Ausstattung nutzen

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für alle Lehrkräfte an BBS digitale Ressourcen und Ausstattung aus Mitteln nicht abgerufener Budgets zur Verfügung gestellt werden!

Begründung: Verschiedene relativ hohe Budgets (z.B. EQUIL-B bzw. -C) werden von den Schulen nicht abgerufen. Diese freiwerdenden Mittel könnten dazu genutzt werden, digitalen Content, Fortbildungsreihen am PL, freien Zugang zu kostenpflichtigen fobizz-Webinaren, kostenpflichtige tutorielle/interaktive Systeme der Schulbuchverlage, Software-Lizenzen etc. den Lehrkräften kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit sie mehr Ressourcen für digitalen Unterricht haben.

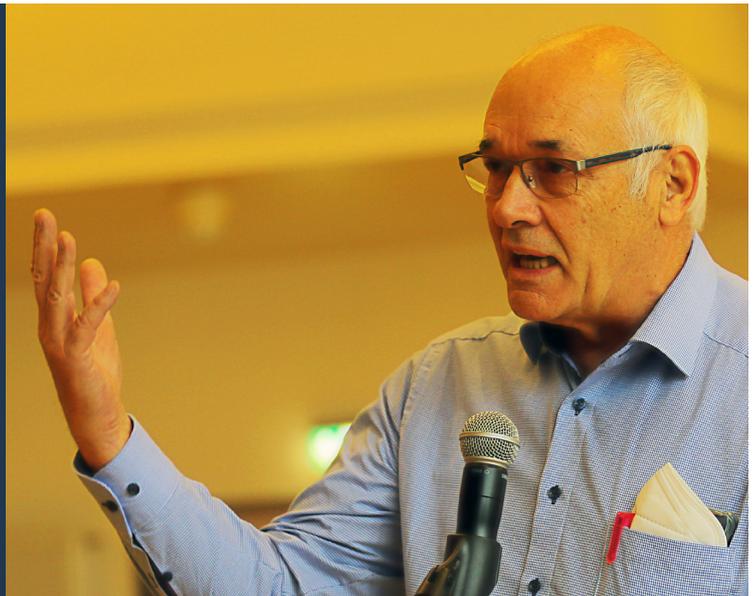
Angenommen bei 1 Ablehnung und 6 Enthaltungen

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Ausstattung der Schulen mit ausreichenden Ressourcen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine aufgabengerechte Ausstattung der Schulen mit Anrechnungsstunden für die Kollegien und die Schulleitungen einzusetzen, die der permanent steigenden Aufgabenfülle gerecht wird.

Begründung: Die Aufgabenvielfalt in den berufsbildenden Schulen nimmt seit Jahren unablässig zu. Ständig werden neue Aufgaben im Bereich der Statistik, neue Aufgaben (Schaffung verschiedener „Beauftragten“), mehr eigenverant-

Während der Versammlung wurde eifrig diskutiert. Dabei wurden selbstverständlich auch gegensätzliche Meinungen respektiert.



wortliche Aufgabenwahrnehmung, Personalhoheit, Administrationsaufgaben etc. auf Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungen übertragen.

Die Ausstattung mit Stunden für das Kollegium (Anrechnungsstunden, 3/6-Pauschale) wächst jedoch kaum bzw. überhaupt nicht mit. Die ungebundene Arbeitszeit der Lehrkräfte wird damit immer weiter erhöht.

Auch die Stunden für die Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben werden nicht erhöht, sondern im Gegenteil wird keine Gelegenheit ausgelassen, Anrechnungsstunden zu reduzieren oder gar Funktionsstellen einzusparen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungsmitglieder arbeiten daher weit über ihrer Kapazitätsgrenze mit entsprechenden langfristigen Schäden. Auf dem Prinzip Selbstaussbeutung darf dieses System nicht länger beruhen!

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschul-

reifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung: In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schüler(innen) einen deutlichen Nachteil gegenüber Schüler(innen) der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schüler(innen) der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schüler(innen), die Erziehungsberechtigten und die Lehrer(innen) der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Schonungslose Evaluation
der HBF-Reform

Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf politischer Ebene die ehrliche und schonungslose Evaluation der jüngsten HBF-Reform zu bewirken. Sollte die politische Bereitschaft dazu fehlen, soll der Landesvorstand diese Evaluation selbst durchführen und die Politik anschließend mit den Ergebnissen und entsprechenden Nachbesserungsvorschlägen konfrontieren.

Begründung: Die Umsetzung der HBF-Reform hat in allen betroffenen Schulen zu erheblichen Problemen und unnötigen Verschlechterungen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte geführt.

Das erklärte Ziel der Fachabteilung des BM, mit der „Reform“ in erster Linie Lehrkräfte zu sparen und das ungeliebte Kind HBF bewusst unattraktiver zu machen, wird mit sinkenden Zukunftschancen der jungen Menschen erkauf.

Die verschiedenen Einschnitte, wie z. B. unnötige Erschwerung der Praktikumsuche durch verkomplizierte Vorgaben, gekürzte Unterrichtsstunden in BBU und Fachhochschulreifeunterricht teilweise weit unter dem Niveau der FOS, Zusam-

menstreichung von Teilungsstunden etc. haben zu den befürchteten Komplikationen geführt. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Die HBF ist gerade jetzt bei einem zusammenbrechenden Ausbildungsmarkt weiter von großer Bedeutung und oft die einzige reale Chance, um Lebens- und Berufschancen von Realschulabgängern zu verbessern.

Die Handreichung ist dringend erforderlich, gerade auch im Hinblick auf die bald erstmals anstehenden Abschlussprüfungen, um eine einigermaßen einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten und die Schulen von unnötiger Verwaltungstechnischer Mehrfacharbeit zu entlasten und wieder Raum für pädagogisches Arbeiten zu gewinnen.

Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Neuwied
Betreff: Ausreichende Belüftung von Unterrichtsräumen

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig für die Sicherstellung einer ausreichenden Lüftung für alle Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz ein. Das bedeutet, dass der Einbau von Lüftungstechnischen Systemen mit Wärme- und Feuchterückgewinnung sowie Zusatzlüftungsmöglichkeit über Fenster (hybride Lüftung)

gefordert wird. Zudem muss sichergestellt werden, dass die technischen Anlagen regelmäßig überprüft und gereinigt werden.

Begründung: Einigen Kommunen in Rheinland-Pfalz ist der Gesundheitsschutz ihrer Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Deshalb werden bei Neubauten und Sanierungen neueste Erkenntnisse und Standards hinsichtlich der Innenraumlufthygiene, Emissionsverhalten der Baustoffe, Brandschutz, Schallschutz u.a. berücksichtigt. Leider ist dies nicht selbstverständlich. Es wird nach wie vor von Kommunen auch ohne ausreichende Lüftungsmöglichkeit geplant und saniert. Hier nun die Argumente für eine ausreichende Lüftung aller Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz:

1. Gute Innenraumluftqualität ist für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Nutzer unerlässlich. „In Bildungseinrichtungen erfordert die Lüftungssituation besondere Aufmerksamkeit. Die vergleichsweise große Zahl an Personen auf oft engem Raum macht schon allein aufgrund des vom Menschen ausgeatmeten Kohlendioxids ein regelmäßiges Lüften unerlässlich, um die gesundheitlich-hygienischen Vorgaben der Innenraumluftgüte zu erreichen. Bloßes Lüften – ab und an – über die Fenster reicht dann nicht mehr aus.“ (s. S. 8, Anforderungen an Lüftungskonzeptionen in Gebäuden Empfehlungen des Arbeitskreis Lüftung (AK Lüftung) am Umweltbundesamt, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_empfehlungspapier_lueftung_unterrichtsgebäude_final_bf.pdf, abgerufen am 27-09-2020)
2. Lernen erfordert Konzentration. Durch die CO²-Anreicherung während der Nutzung wird diese deut-



Ehrenmitglied Christian Paulus mit Ehefrau

- lich herabgesetzt, Lernen findet nicht mehr statt.
3. Insbesondere die Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit von ausreichenden Lüftungssystemen, um die Gesundheit der Nutzer zu gewährleisten.
 4. Lüftungstechnische Systeme erlauben die Wärmerückgewinnung. Dies vermindert den Energieverbrauch von Gebäuden und dient somit dem Klimaschutz und der Wirtschaftlichkeit.
 5. Lüftungstechnische Systeme ermöglichen eine Feuchteregulierung. Eine relative geringe Raumluftfeuchte führt zu Reizerscheinungen, eine zu hohe relative Raumluftfeuchte zu Schimmel.
 6. „Lüftungsanlagen ermöglichen es, Fenster geschlossen zu halten [...] und so einen guten Schutz gegenüber Außenlärm zu erzielen.“ (s. S. 11, s.o.) Voraussetzung ist, dass die Lüftungsanlagen selbst keinen Lärm erzeugen.
 7. Lüftungsanlagen sollten einfach zu reinigen sein und regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Bei 6 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Alzey
Betreff: Spezielles Hygienekonzept für berufsbildende Schulen

Der Landesvorstand fordert ein spezielles Hygienekonzept mit weitreichenden eigenen Handlungsmöglichkeiten für berufsbildende Schulen.

Begründung: Die Regelungen der bisherigen Hygienekonzepte waren oftmals für berufsbildende Schulen nicht passend. Für berufsbildende Schulen mit ihren vielfältigen Besonderheiten soll deshalb ein eigenes Konzept erstellt werden, das ihnen weitreichende Handlungsspielräume innerhalb der eigenen

Der neue Landesvorsitzende lauscht gespannt, welche Arbeitsaufträge ihm die Delegierten für die erste Hälfte seiner Amtszeit mit auf den Weg geben.



Schule überlässt. So soll eine berufsbildende Schule auch Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergreifen können, die über die Regelungen des Landes hinausgehen, z.B. zur Maskenpflicht während des Unterrichts.

Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln unter Corona-Bedingungen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln zur Klassenbildung einzusetzen, um eine Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln zu gewährleisten und den Unterricht im Klassenverband auch bei einer möglichen zweiten Coronawelle zu ermöglichen.

Begründung: Die aktuellen PauSE-Regeln geben mit ihren unterschiedlichen Faktoren, je nach Bildungsgang, Mindestgrößen bei der Klassenbildung vor. In der Berufsschule kommt es durch Kündigungen, zweistufige Bildungsgänge und vorgezogene Prüfungen vor, dass Klassen im zweiten und dritten Jahr schrumpfen und nach den PauSE-Vorgaben zusammengelegt werden müssen. Dabei können sehr große Klassen entstehen, in denen die Einhaltung der

Abstands- und Hygieneregeln sehr problematisch bis unmöglich ist.

Bei einer Einschränkung des Präsenzunterrichts müssen diese Klassen geteilt in Präsenz- und Onlinephasen unterrichtet werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der Unterrichtsstoff nicht in dem Ausmaß vermittelt werden kann, wie es für einen erfolgreichen Abschluss der IHK-Prüfung notwendig ist. Außerdem hat der erste Lockdown gezeigt, dass einzelne Ausbildungsbetriebe den Auszubildenden nicht ausreichend Zeit einräumen um das Homeschooling während der Arbeitszeit vollständig absolvieren zu können. Zudem erhöht sich das Ansteckungsrisiko in großen Klassen enorm, was zur Quarantäne und hohem Unterrichtsauffall führen kann.

Bei einer flexibleren Auslegung der PauSE-Regeln aufgrund der Corona-Pandemie, könnten kleinere Klassen erhalten bleiben und der Unterricht könnte auch bei einer zweiten Coronawelle im Klassenverband und überwiegend im Präsenzunterricht fortgeführt werden. Kleinere Gruppen lassen sich auch in Online-Phasen leichter betreuen und das Infektionsrisiko für Auszubildende und Lehrkräfte ist deutlich niedriger.

Bei 2 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

Antragsteller: OV Bernkastel-Kues
Betreff: Entlastung von Lehrkräften, die im rollierenden System Präsenz- und Fernunterricht leisten mussten

Der Landesverband möge sich für die Entlastung der Lehrkräfte einsetzen, die anlässlich des rollierenden Systems im Rahmen der coronabedingten Hygienevorschriften unter teilweise erheblichen Doppelbelastungen zu leiden hatten.

Begründung: Viele Lehrkräfte mit vollem Deputat hatten im letzten Schuljahr große Klassen, die sie sowohl in Präsenzunterricht, als auch digital unterrichten mussten. Dies erforderte einen enormen Mehraufwand, für den der VLW Kompensation fordert.

Lehrkräften mit vielen großen Klassen sollte im darauffolgenden Schuljahr das Deputat gesenkt werden. Dem stünde aber eine „Unterversorgung“ gegenüber. Zur Deckung haben wir folgenden Vorschlag: Es könnte das Modell der „Ansparstunde“ der vergangenen Jahre Pate stehen: Es könnten auch 2 oder 4 der 24 Stunden in diesem Jahr als Ansparstunden gerechnet werden (also Senkung des Deputats um 2 oder 4 Stunden auf dem Papier), die in späteren Schuljahren mit geringerer Schülerzahl „abgefeiert“ werden könnten.

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier
Betreff: Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium - erhalten bleiben.

Begründung: Der Antrag spricht für sich selbst!

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)
Betreff: Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit den Fächern BWL und VWL ermöglichen

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung: An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht alleine decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger - ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Bei 9 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)
Betreff: Gleichwertige Anerkennung der Abschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

Begründung: Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Verlängerung der Altersteilzeit für Lehrkräfte

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Möglichkeit der Altersteilzeit für Lehrkräfte über das Jahr 2021 hinaus verlängert wird. Hierfür sollen mindestens die derzeitigen Konditionen fortgeschrieben werden.



Konzentriert bei der Arbeit: Jürgen Hatzfeld (l.) und Michael Lutz während der Antragsberatungen



Delegierte im Gespräch: Auch am Rande der Versammlung wurde eifrig diskutiert.

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Fusion von VLW und vlbs in
Rheinland-Pfalz

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Fusion von VLW und vlbs zu einem neuen „Verband der Lehrkräfte für berufliche Bildung Rheinland-Pfalz“ voranzutreiben.

Begründung: Die Konfliktlinien verlaufen im Bereich der beruflichen Bildung schon seit langer Zeit nicht mehr primär zwischen den Interessen der kaufmännischen und der gewerblichen Schulen. Stattdessen sieht sich die berufliche Bildung zunehmend in einer Zwickmühle zwischen expandierenden allgemeinbildenden Schulen auf der einen Seite und dem Trend der Verlagerung beruflicher Bildung in den Hochschulsektor. Darüber hinaus muss im Bereich des ehrenamtlichen Engagements im VLW mit den Kräften der engagierten Mitglieder und mit den Ressourcen verantwortungsvoll umgegangen werden, da beides begrenzt ist.

Dieser Entwicklung kann nur mit einem gemeinsamen und kraftvollen Auftritt der Lehrkräfte der Berufsbildung entgegengetreten werden, um der beruflichen Bildung wieder mehr Gehör zu verschaffen. Die Interessen aller Bereiche der beruflichen Bildung, also auch des kaufmännischen Bereichs, können so besser durchgesetzt werden.

Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass die Fusion der Bundesverbände und der Mehrzahl der Landesverbände bereits erfolgreich stattgefunden hat. Daher erscheint ein Fusionsprozess in einem Zeitrahmen von mehr als zweieinhalb Jahren gut durchführbar, um sich dann gemeinsam auf die anstehenden Herausforderungen zu konzentrieren.

Bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Begründung: Mit der Altersteilzeit haben ältere Lehrkräfte die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch früher aus dem Berufsleben auszusteigen und die individuellen Belastungen reduzieren zu können. Die Altersteilzeit ermöglicht älteren Kolleginnen und Kollegen einen gleitenden Übergang in den Ruhestand. Deshalb sollte für Kolleginnen und Kollegen ab dem Jahr 2022 weiterhin die Möglichkeit bestehen, das Modell der Altersteilzeit zu nutzen.

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Rheinland-Pfalz-Ticket für
Lehrkräfte

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Lehrkräfte ein Rheinland-Pfalz-Ticket erhalten.

Begründung: Viele Städte in Rheinland-Pfalz stöhnen über Verkehrslärm, Staus, gesundheitsschädlichen Feinstaub und Abgase. Bus und Bahn leisten daher einen wichtigen Beitrag zur umweltfreundlichen Mobilität im Alltag der Menschen.

Zusätzlich kann ab 01.01.2019 ein Arbeitgeber das Jobticket bzw. jede andere Fahrkarte für den öffentlichen Nahverkehr steuerfrei bezuschussen, ohne sich um die 44-Euro-Grenze kümmern zu müssen.

Weiterhin würde eine solche Vereinbarung die Arbeitsstellen in Rheinland-Pfalz noch attraktiver gestalten. Das angrenzende Bundesland Hessen bietet allen Landesbeschäftigten kostenfreie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr – nicht nur für den Arbeitsweg. Im bundesweiten Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre ein kostenfreies Rheinland-Pfalz-Ticket ein weiterer Beleg dafür, dass unser Land ein moderner und familienfreundlicher Arbeitgeber ist.

Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität und des Umweltschutzes und um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes weiter zu fördern, fordern wir für unsere Kolleginnen und Kollegen ein Rheinland-Pfalz-Ticket, das auch die Möglichkeit einer Fahrradmitnahme einschließt.

Mit 19 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und zahlreichen Enthaltungen angenommen

Antragsteller: Ortsverband Kusel
Betreff: Kostenlose Grippe-Impfung
für Lehrerinnen und Lehrer

Das Land Niedersachsen hat bereits angekündigt, die Kosten für eine Grippe-Impfung zu übernehmen (<https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Influenza-Land-will-kuenftig-Grippe-schutzimpfung-fuer-Beamte-bezahlen>). Andere Bundesländer wollen diesem Beispiel folgen, auch das Land Rheinland-Pfalz sollte dem sich anschließen. In der aktuellen Pandemie-Situation stellt dies eine mögliche Entlastung des Gesundheitssystems dar. Gegen die aktuell rasant steigenden Fallzahlen muss aktiv angekämpft werden. Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Kalenderjahr noch keinen Beihilfeantrag gestellt haben, bleiben wegen des Eigenanteils so auf den Kosten sitzen. Dies sollte, auch aus Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, schnellstmöglich geändert werden.

Mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen

Antragsteller: Ortsverband Kusel
Betreff: Kostenlose Corona-Tests
für Lehrerinnen und Lehrer

Das Land RLP hatte den Lehrerinnen und Lehrer bis zum 14.09.20 die Möglichkeit eines kostenlosen Corona-Tests gegeben, allerdings nur, wenn keine Symptome vorlagen. Wenn ein Verdachtsfall vorlag, musste dieser Test selbst bezahlt werden, dies ist besonders wegen des Eigenanteils nicht hinnehmbar. Das Land sollte dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und den Lehrerinnen und Lehrern wenigstens zwei weitere Tests – und zwar unabhängig davon, ob Symptome vorliegen oder nicht – bezahlen.

Bei 6 Enthaltungen Überweisung zur weiteren Befassung an den Landesvorstand

Antragsteller: Ortsverband Mainz III
Betreff: Kein Ersatz von Planstellen durch EQuL- oder PES-Stellen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass Nachwuchslehrkräfte nach dem Referendariat Planstellen erhalten und nicht auf PES- oder EQuL-Verträge ausweichen müssen.

Begründung: Zum 1. Mai 2021 hat das Land mehreren Absolventinnen und Absolventen mit beruflichen Fächern im Gegensatz zu den Vorjahren selbst bei guten Examensleistungen keine Planstellen angeboten, sondern deren Ausbildungsschulen in Aussicht gestellt, PES- oder EQuL-Verträge abzuschließen. Die neue Praxis, hochqualifizierten Lehrkräften keine verlässliche schulische Perspektive zu bieten und EQuL als Sparmodell und nicht als Modell der Eigenverantwortlichkeit einzusetzen, ist diesen Lehrkräften gegenüber unverantwortlich und wird zu Abwanderungen in andere Bundesländer oder in die freie Wirtschaft führen. Gleichzeitig wird die mittel- und langfristige Versorgung mit

Lehrkräften dadurch in Frage gestellt, was gerade in Zeiten, in denen pandemiebedingte Defizite behoben werden sollen („Aufholen nach Corona“), eine gefährliche Entwicklung ist.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Spende für den Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler

Der VLW Rheinland-Pfalz spendet dem Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 1.500,00 Euro zur satzungsgemäßen Verwendung.

Begründung: Aufgrund der Hochwasserflut sind an der BBS in Bad Neuenahr außer den Räumen viele Lehr- und Lernmittel zerstört worden. Die Wiederbeschaffung wird sich über viele Jahre hinziehen. Als ein Zeichen der Solidarität soll der betroffenen Schule mit der Geldspende geholfen werden.

Einstimmig angenommen

Was sonst noch so geschah - ein kleiner Rückblick auf die LDV 2021



Sie wirkt fast nur im Hintergrund. Jetzt wurde Sie den Delgierten des VLW einmal vorgestellt: Ruth Jakob verwaltet seit März 2019 die zentrale Mitgliederdatei des Landesverbandes.

Am Montag, 4. Oktober 2021 trafen sich in den Räumen des NH-Hotels Bingen ca. 70 Delegierte aus den VLW-Bezirken Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier zu ihrer – schon im vergangenen Jahr vorgesehenen – Landesversammlung. Zu Beginn gedachten die Anwesenden in einer Schweigeminute den beiden bei der Hochwasserkatastrophe in Bad Neuenahr ums Leben gekommenen Mitgliedern sowie dem verstorbenen Ehrenmitglied Elisabeth Pollak.



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bei ihrem Grußwort an die Landesdelegiertenversammlung

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sprach ein Grußwort, in dem sie einen Ausblick auf die bildungspolitischen Perspektiven der „Nach-Corona-Zeit“ in Rheinland-Pfalz bot. Sie antwortete damit auf die Aspekte, die der scheidende Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß in seiner Begrüßung angesprochen hatte, etwa die Aussichten auf eine (eher bescheidene) Besoldungserhöhung oder die (wahrscheinlicher gewordene) Wiederauflage der ausgelaufenen Altersteilzeitregelung.

Abschied aus dem Landesvorstand: Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß bedanken sich bei Eva Pertgen (l.) für ihr langjähriges Wirken als Expertin für Bildungspolitik.



Ein neuer Landesvorstand sollte gewählt werden, und es gehört zur Tradition, dass die nun ausscheidenden Mitglieder des Landesvorstandes geehrt und verabschiedet wurden. Eva Pertgen (BBS Bingen) hat für lange Zeit den Geschäftsbereich „Bildungspolitik“ verantwortet und den Verband bei etlichen Bundestagungen vertreten. Bernd Zinssius (BBS Rodalben) hat im Landesvorstand als Schatzmeister gewirkt sowie den Geschäftsbereich „Lehrerbildung“ langjährig ausgefüllt. Beide haben jetzt ihren Ruhestand erreicht bzw. die „Passivphase“ der Altersteilzeit. Der Landesvorstand und die anwesenden Delegierten bedankten sich für die geleistete Arbeit und wünschen einen ausgefüllten Ruhestand! Mit großer Zustimmung wurde Bernd Zinssius die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen.

Dann war es so weit: Nach 18 Jahren war auf Wunsch von Karl-Heinz Fuß ein Wechsel im Landesvorsitz fällig: Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) gewählt, der dem Landesvorstand bisher als Schatzmeister und zuletzt als Referent für Öffentlichkeitsarbeit angehört hat. Er wurde mit großer Mehrheit gewählt, ein Zeichen des großen Vertrauens. Dirk Mettler bedankte sich anschließend im Namen des Landesvorstands bei Karl-Heinz Fuß für seine langjährige Tätigkeit als Landesvorsitzender. In den 18 Jahren hat er den Verband repräsentiert und ihn wesentlich geprägt. Er wird dem Landesvorstand erhalten bleiben und zukünftig den Geschäftsbereich „Öffentlichkeitsarbeit“ betreuen.

Für sein langjähriges Wirken im Landesvorstand wurde Bernd Zinssius (l.) mit der Ehrenmitgliedschaft des VLW geehrt. Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß gratulieren im Namen des neugewählten Landesvorstands.



Landesvorstand tagt, wo andere Urlaub machen

Bezirksverband Trier will Gas geben, um weiter im Rennen zu bleiben

Zwölf VLWler flanieren am 7. September im Urlaubsort Bernkastel-Kues durch eine Einkaufspassage der 50er Jahre und plaudern über die Autos aus ihrer Kindheit, live und in voller Größe zwischen ihnen stehend, im Augenwinkel eine Original ARAL-Tankstelle aus jener Zeit.

Ein Museumsbesuch der besonderen Art bildete den Auftakt der Besucherrunde des Vorstands in den Bezirken. Zwei Filmrequisiten - der schwarze Käfer Cabrio von Falco (zu sehen im Video zu „Jenny“) und der Original BMW aus einem James-Bond-Film wurden ebenso bestaunt wie der „Schrottplatz“ mit einem Flut-Auto aus dem Ahrtal. Den Anfang besagter Besucherrunde machte der Bezirk Trier, derzeit vertreten durch Patrick Grewis (Schatzwart) und Jörg Schütz (Schriftführer), die zu diesem wichtigen Abend eingeladen hatten.

In der anschließenden Bezirksversammlung – sogar das Urgestein dieses Bezirksverbands, Gisela Wüsten, war der Einladung gefolgt – gab es nur einen einzigen Tagungsordnungspunkt: „Austausch über die Möglichkeiten, den VLW im Bezirk Trier weiterzuentwickeln.“



Der Landesvorstand im Gespräch mit Mitgliedern aus dem Bezirksverband Trier

Nach einer kurzen Einleitung des Landesvorsitzenden, Karl-Heinz Fuß, und des Landesschatzmeisters, Jürgen Hatzfeld, wurde die Runde eröffnet.

Der Bezirksverband gab dem Landesvorstand die Aufgabe mit, die Abschaffung der Lehrer-Taschenkalender zu kompensieren, weil dort viele wichtige Informationen und Termine enthalten waren, die über die Inhalte der Homepage hinausgingen.

Demgegenüber war auch der Auftrag an den Bezirksverband deutlich: Neben der Suche nach einem oder einer neuen Vorsitzenden müssen die Ortsverbände aktiver werden, sich als verlässliche Berater der Kolleginnen und Kollegen zu

etablieren. Dazu sollten im Rahmen des Bezirkshaushalts auch rechtliche, fachliche, politische und schulrelevante Informationsveranstaltungen angeboten werden, die im Anschluss an den Unterricht stattfinden sollten.

Sehr interessiert aufgenommen wurden die Vorschläge des OV Cochem, potenzielle Mitglieder über YOUTUBE-Tutorials oder INSTAGRAM-Popups mit Link zur Homepage zu erreichen. Dafür müssten gegebenenfalls nicht einmal Experten „eingekauft“ werden, wenn man einmal eine Online-Fortbildung für junge Wirtschaftspädagogen anbietet mit dem Thema „Wie kann ich über INSTAGRAM Werbung für den VLW machen?“ Das hier erworbene Wissen wäre dann auch in der Unterrichtspraxis (Marketing) anwendbar!

Nun ist es am Bezirksverband Trier, die Weichen für die Zukunft zu stellen – auch wenn dieser Schlusssatz anlässlich einer Konferenz in einem AUTOMUSEUM etwas unpassend sein mag. Aber nicht ganz so sehr, denn die Getränke zum Abendessen auf der spätsommerlich warmen Terrasse des Restaurants „Zylinderhaus“ wurden immerhin mit einer Tisch-Eisenbahn serviert...



Nach getaner Arbeit: Die Teilnehmer des Treffens in Bernkastel-Kues lassen den Abend gemütlich ausklingen.

Jörg Schütz, Bezirksverband Trier